

## Liberales Argumente

- Nr. 20 / 17. WP
- Haushaltspolitik

### **Bundeshaushalt 2012**

Die Koalition hat bereits mit dem Haushalt 2010 frühzeitig die Weichen für solide Staatsfinanzen gestellt und setzt den Kurs der erfolgreichen Haushaltskonsolidierung unverändert fort. Auch in den kommenden Jahren ist es das Ziel dieser Koalition, die verfassungsmäßigen Vorgaben der Schuldenregel strikt einzuhalten und das strukturelle Defizit bis zum Jahr 2016 weiter konsequent abzubauen.

Bei Regierungsübernahme war vom damaligen SPD-Finanzminister Steinbrück ursprünglich noch eine Nettokreditaufnahme (NKA) in Höhe von 86,1 Milliarden Euro für das Haushaltsjahr 2010 geplant; Jahr für Jahr wurde diese verringert. Aktuell ist eine Nettokreditaufnahme von 26,1 Milliarden Euro für 2012 veranschlagt – also 60 Milliarden Euro niedriger als im Vergleich zum Ausgangswert 2010. Mit 26,1 Milliarden Euro liegt damit die Nettokreditaufnahme deutlich unter der maximal zulässigen Grenze von rd. 40,5 Milliarden Euro.

Es sind nicht allein die rechtlichen Vorgaben, die uns handeln lassen. Wir agieren auch vor dem Hintergrund der internationalen Staatsschuldenkrise. Deutschland muss glaubwürdig als Vorbild seinen Haushalt konsolidieren, wenn gleichzeitig von anderen Ländern Konsolidierungsanstrengungen eingefordert werden, um die Krise zu bewältigen. Dies ist eine Lehre aus der derzeitigen Schuldenkrise, in der sichtbar wird, welche dramatischen Konsequenzen eine uferlose Ausdehnung der öffentlichen Verschuldung nach sich zieht.

In der aktuellen Situation sind haushaltspolitische Vernunft und Verantwortung gefragt. Es geht um eine Balance aus Konsolidierung und zielgerichteten Investitionen für mehr Wachstum und Beschäftigung sowie in Bildung.

Wie in den vergangenen Jahren hat die Koalition einen Bundeshaushalt 2012 unter dem Grundsatz der „kaufmännischen Vorsicht“ verabschiedet. Dabei zeigt sich, dass die Handlungsansätze in der Haushaltspolitik von Koalition und Opposition - vor allem der SPD - diametral zueinander stehen:

- Es werden im Gegensatz zu früheren Haushalten unter SPD-Finanzministern keine Planansätze künstlich verbessert bzw. Hoffnungswerte und Schätzansätze zum Zweck einer noch niedrigeren Nettokreditaufnahme realitätsfern unterstellt.
- Es werden keine Steuern erhöht, um den Haushalt zu konsolidieren.

Für eine erfolgreiche Haushaltskonsolidierung ist zudem die Disziplin auf der Ausgabenseite zwingend. Mit 306,2 Milliarden Euro steigen die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 0,1 %. Vergleicht man diese Ausgabenentwicklung mit der zu erwartenden Inflationsrate von 1,8 %, dann sind die Ausgaben real betrachtet sogar rückläufig.

Neben der Haushaltskonsolidierung wird jedoch angesichts der Staatsschuldenkrise und konjunktureller Risiken für das Jahr 2012 gleichzeitig von Deutschland erwartet, Wachstumsimpulse für den Euro-Raum zu geben. Dem Spagat zwischen Konsolidierung und notwendigen Wachstumsimpulsen wird u.a. insoweit Rechnung getragen, als die Investitionen bei der Verkehrsinfrastruktur erhöht werden.

Im Rahmen eines neu geschaffenen „**Infrastrukturbeschleunigungsprogramms**“ können mit 1 Milliarden Euro baureife Infrastrukturvorhaben in den drei Verkehrsbereichen Straße, Wasserstraße und Schiene zusätzlich und beschleunigt in den kommenden Jahren finanziert werden.

Durch den Ausbau der Förderung von Bildung, Forschung und Entwicklung sowie einem besonderen Schwerpunkt im energiepolitischen Bereich (Energie- und Klimafonds) schaffen wir weitere positiv wirkende Wachstumsimpulse.

Einige Schwerpunkte im Bundeshaushalt:

- Bildung  
Die Ausgaben im Bildungsetat sind nochmals im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsberatungen um rd. 137 Millionen Euro auf **12,9 Milliarden Euro** erhöht worden. Im Vergleich zum Jahr 2011 steigen damit die Ausgaben um rd. **1,3 Milliarden Euro**.  
Der zuletzt von SPD und Union zu verantwortende Bildungsetat hatte ein Volumen von 10,2 Milliarden Euro – das sind **2,7 Milliarden Euro weniger** als der jetzt verabschiedete Etat.
  
- Entwicklungshilfe  
Die Ausgaben für die Entwicklungshilfe wurden bereits im Regierungsentwurf um 750 Millionen Euro gegenüber dem bisherigen Finanzplan gesteigert. Davon entfielen 560 Millionen Euro auf das BMZ. Im Rahmen der parlamentarischen Beratungen erfolgte eine weitere Ansatzerhöhung um 50 Millionen Euro, so dass der BMZ-Etat mit rd. 6,4 Milliarden Euro dotiert ist.
  
- Städtebau:  
Der im Regierungsentwurf vorgesehene Haushaltsansatz für die Städtebauförderung von 410 Millionen Euro wurde um 45 Millionen Euro aufgestockt. Der Bund stellt damit im Jahr 2012 wie im laufenden Jahr 2011 insgesamt 455 Millionen Euro im Rahmen des „Förderprogramms 2012“ zur Verfügung.

- Maritimes Bündnis  
Das maritime Bündnis in Deutschland wird gestärkt. Der Finanzbeitrag an die Seeschifffahrt wird um 29 Millionen Euro auf den Stand von 2010 mit 57,8 Millionen Euro angehoben.
- Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“  
Aufstockung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) um 39,248 Millionen Euro auf rd. 596,8 Millionen Euro.
- Steinkohlesubventionen  
Reduzierung der Steinkohlesubventionen um 112 Millionen Euro auf 1,2 Milliarden Euro
- Kultur  
Der Kulturbereich ist gegenüber dem Regierungsentwurf um 50 Millionen Euro aufgestockt worden.

Zudem hat die Koalition auch für die haushalterische Flankierung der **Bundeswehrreform** Vorsorge getroffen. Die Reform bewegt sich im Spannungsfeld zwischen Konsolidierungsbeitrag und außenpolitischen Erfordernissen. Es zeigt sich: haushalterische Notwendigkeiten und nationale Sicherheit bei gleichzeitiger Interessenwahrung der Soldaten und der zivilen Beschäftigten schließen sich nicht aus.

### **Was sind die Ergebnisse von SPD und Grünen?**

Die Oppositionsanträge sind in die Rubrik einzuordnen „*Wir machen uns die Welt, wie sie uns gefällt*“.

#### **I. SPD**

Bei der SPD zeigt sich erneut, dass sie keine Kraft für reale Einsparungen hat! Im Gegenteil: Die SPD hat im Rahmen der Haushaltsberatungen Anträge gestellt, die zu **Mehrausgaben** von über **5 Milliarden Euro** geführt hätten.

Die Mehrausgaben stellen sich wie folgt dar:

- |  |                      |
|--|----------------------|
| - Verkehr  | 1,37 Milliarden Euro |
| - Bildung  | 1,20 Milliarden Euro |
| - Entwicklungshilfe  | 1,15 Milliarden Euro |
| - Arbeitsmarkt   | 0,65 Milliarden Euro |
| - Klimaschutz  | 0,60 Milliarden Euro |
| - Gesundheitsfonds (wg. Abschaffung des Sonderbeitrags für AN) | 0,30 Milliarden Euro |

Kritisch zu beleuchten sind zudem Anträge der SPD, bei denen sie über die Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro zu Einsparungen für den Bundeshaushalt gelangt - etwa beim Arbeitslosengeld II (-875 Millionen Euro) und beim Wohngeld (-207 Millionen Euro). Anders formuliert: Durch die **Einführung eines Mindestlohns** von 8,50 Euro könnte aus Sicht der SPD rund **1,1 Milliarden Euro eingespart** werden. Die Möglichkeit höherer Arbeitslosenzahlen und daraus folgender höherer Arbeitsmarktausgaben wird negiert.

#### Finanzierungsfrage

Bei Mehrausgaben von über 5 Milliarden Euro stellt sich die Frage der Finanzierung. Auch hier gibt die SPD die für sie typische Antwort: **Steuererhöhungen** in einem Umfang von **10,5 Milliarden Euro**. Die SPD versucht mit **Luftbuchungen** und einem **imaginären Finanzierungskonzept** der Öffentlichkeit vorzumachen, dass sie damit die Nettokreditaufnahme in Richtung 20 Milliarden Euro (Koalition-NKA: 26,1 Milliarden Euro) absenken könnte. *Diese Zahlen sind ein Konstrukt der ökonomischen und steuerpolitischen Irrationalität!*

Die Bestandteile des SPD-Finanzierungskonzepts\* sind u.a.:

- Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49 % (100.000 Euro/200.000 Euro) und Einführung einer Proportionalzone für Einkommen zwischen 52.885 Euro/105.770 Euro und 64.000 Euro/128.000 Euro.  
Darüber hinaus eine dritte Progressionszone ab einem Einkommen von 64.000 Euro/128.000 Euro (2,3 Milliarden Euro).
- Erhöhung des Abgeltungssteuersatzes von 25 % auf 32 % (rd. 600 Millionen Euro).
- Rücknahme von Bestandteilen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes; etwa der sog. „Hotelsteuer“ und der steuerlichen Erleichterungen für Unternehmen (1,26 Milliarden Euro).
- Einführung einer Börsenumsatz-/Finanztransaktionssteuer (750 Millionen Euro)
- Erhöhung der Brennelementesteuer mit dem Ziel von Mehreinnahmen in Höhe von 1,7 Milliarden Euro.
- Begrenzung der Steuerbefreiung für Agrardiesel mit Mehreinnahmen für den Bund von 260 Millionen Euro.
- Deckelung der Abschreibungs- und Absetzmöglichkeiten von Betriebskosten bei Firmenwagen (166 Millionen Euro)
- Aufhebung der Kerosinsteuerbefreiung (680 Millionen Euro)
- Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ( 1,337 Milliarden Euro)

\*(HHA-Drs. 3893, finanzielle Auswirkungen Bund)

## **II. Grüne**

Unter dem Label „*Grüner Klimaschutzhaushalt*“ werden **Mehrausgaben** von über **4 Milliarden Euro** beantragt. Die bedeutsamsten Mehrausgaben stellen sich wie folgt dar:

- Einrichtung eines sog. „Energiesparfonds“ (rd. 1,4 Milliarden Euro),
- Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern (650 Millionen Euro),
- Investitionen in die Schiene (630 Millionen Euro),
- ein CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm (500 Millionen Euro)
- Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung (960 Millionen Euro)

### Finanzierungsfrage

Die Grünen beantworten wie die SPD die Frage der Gegenfinanzierung im Wesentlichen mit **Steuererhöhungen** bzw. einer **verkappten Steuererhöhung** durch den *Abbau von Steuervergünstigungen!*

So sollen u.a.

- der Steuersatz bei der Brennelementesteuer erhöht (800 Millionen Euro),
- Ausnahmen bei der Ökosteuer abgeschafft (1 Milliarden Euro),
- die Agrardieselsteuervergünstigung aufgehoben (rd. 200 Millionen Euro),
- die Kerosinbesteuerung im Inland ab 1.7.2012 eingeführt (340 Millionen Euro),
- die Besteuerung des Auslandsflugverkehrs durch eine ökologische Ausgestaltung der Ticket-Tax (650 Millionen Euro) vollzogen werden.

Des Weiteren sprechen sich die Grünen für eine Erhöhung der Mautsätze und eine Ausweitung der Lkw-Maut auf Fahrzeuge über 3,5 t (bisher:12 t) sowie eine Ausdehnung der Erhebung auf fernverkehrsrelevante Bundesstraßen aus (2 Milliarden Euro).

Der Aspekt der „**Technologiefindlichkeit**“ zeigt sich bei den Grünen in ihren Anträgen im Wirtschaftsetat, wo sie bspw. die „*Forschungsförderung von Technologievorhaben der zivilen Luftfahrt*“ um **65 Millionen Euro** und das „*Nationale Programm für Weltrauminnovationen*“ um **64 Millionen Euro** kürzen.

Im Bildungsetat wird der Haushaltstitel „*Instrumente im Wissens- und Technologietransfer im Rahmen der Hightech-Strategie*“ um **10 Millionen Euro** gekürzt.